



Haushalts- und Finanzausschuss

43. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

10. Mai 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

09:45 Uhr bis 15:25 Uhr;

15:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Gertrud Schröder-Djug, Otto Schrader, Ulrike Schmick;
Franz-Josef Eilting (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Jahresergebnis 2006 und aktuelle Entwicklungen bei der NRW.BANK

5

Gespräch mit dem Vorstand der NRW.BANK, Herrn Dr. Ulrich Schröder,
Herrn Ernst Gerlach und Herrn Klaus Neuhaus

In Verbindung damit:

Sachstand der Übertragung der Förderprogramme des Landes Nordrhein-Westfalen auf die NRW.BANK

Vorlagen 14/907 und 14/1029

- Bericht des Vorstandes der NRW.BANK (*siehe auch Anlage zu TOP 1*)

5

- Aussprache

12

*) nichtöffentlicher Teil mit TOP 7 siehe nöAPr 14/80

2 Aktuelle Viertelstunde

21

Thema: „Sonderbehandlungen in der NRW-Finanzverwaltung“

- Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)

21

- Diskussion

22

3 Wider den Staatsbankrott – Streichung des kreditverfassungsrechtlichen Ausnahmetatbestands der „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“

40

Antrag

der Fraktion der CDU

und der Fraktion der FDP

Drucksache 14/2578

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

Die Sachverständigen beantworten in mehreren Runden Fragen der Ausschussmitglieder. Die Vorträge der Expertinnen und Experten beginnen auf den folgenden Seiten:

Sachverständige/r	Institution	Stellungnahme	Seiten
Prof. Dr. Christoph M. Schmidt	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	14/1098	42, 60, 88
Prof. Dr. Thomas Lenk	Universität Leipzig	14/1080	43, 54, 55, 78, 92
Prof. Dr. Gisela Färber	Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer	14/1082 (Neudruck)	46, 68, 71, 83
Dr. Achim Truger	Hans-Böckler-Stiftung	14/1066	47, 64, 65, 91
Prof. Dr. Rainer Wernsmann	Universität Passau	14/1093	48, 59, 87
Prof. Dr. Charles Beat Blankart	Humboldt-Universität zu Berlin	14/1067	49, 50, 53, 55, 66, 81

Sachverständige/r	Institution	Stellungnahme	Seiten
Prof. Dr. Lars P. Feld	Universität Heidelberg	14/1065	51, 63, 64, 86
Prof. Dr. Ulrich Häde	Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)	14/1040	52, 72 91
Dr. Michael Thöne	Universität zu Köln	14/1081	65, 85
Prof. Dr. Wolfgang Kitterer	Universität zu Köln	14/1027	75, 90

4 **Gesetz über das Personaleinsatzmanagement Nordrhein-Westfalen (Personaleinsatzmanagementgesetz NRW – PEMG NRW)** 95

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/3975

Stellungnahmen 14/983, 14/1023, 14/1024, 14/1025, 14/1028, 14/1030, 14/1031, 14/1032, 14/1038 (Neudruck), 14/1041, 14/1052, 14/1053, 14/1054, 14/1059, 14/1060 und 14/1061

Ausschussprotokoll 14/405

Auswertung der öffentlichen Anhörung

Der Ausschuss erörtert kurz die Ergebnisse der Anhörung.

5 **Eckpunkte für ein neues Sparkassengesetz** 97

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) berichtet kurz zu den Eckpunkten und antwortet auf Fragen aus dem Ausschuss.

6 **Verschiedenes** 100

4 Gesetz über das Personaleinsatzmanagement Nordrhein-Westfalen (Personaleinsatzmanagementgesetz NRW – PEMG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/3975

Stellungnahmen 14/983, 14/1023, 14/1024, 14/1025, 14/1028, 14/1030, 14/1031, 14/1032, 14/1038 (Neudruck), 14/1041, 14/1052, 14/1053, 14/1054, 14/1059, 14/1060 und 14/1061

Ausschussprotokoll 14/405

Auswertung der öffentlichen Anhörung

Vorsitzende Anke Brunn bedankt sich für die unverzügliche Erstellung des Ausschussprotokolls der öffentlichen Anhörung – vgl. APr 14/405.

Hans-Theodor Peschkes (SPD) betont, die Anhörung habe gezeigt, das PEM einfach überflüssig sei. Keine ernst zu nehmende Stimme habe in der Anhörung gesagt, dass PEM notwendig sei. Lediglich zwei oder drei Regierungsvertreter hätten naturgemäß pro domo gesprochen, wobei der Personalratsvertreter vom Berliner Senat genau das Gegenteil von dem erklärt habe, was der Senatsvertreter gesagt habe. Niemand habe PEM als notwendig angesehen. Es habe sich herausgestellt, dass PEM ein Personalabbauinstrument sei. Die Rechte des Personals würden geschliffen. Die Mitbestimmungsänderungen würden bei der Versetzung ins PEM vorgezogen; man warte nicht mehr auf die sogenannte Reform des LPVG. Das Personal werde zur nackten Verfügungsmasse degradiert.

Das führe zu großer Unruhe im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen und zu großer Unsicherheit bei den Beschäftigten. Dies hätte man sich ersparen können, wenn man der eigenen Vorlage gefolgt wäre, als gesagt worden sei, PEM sei nicht notwendig, man könne das über Altersteilzeit regeln. – Auf die Zwischenfrage von **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)**, wo er das denn gesagt habe, erwidert **Hans-Theodor Peschkes (SPD)**, die Vorlage könne er ihm gerne zeigen. Kollege Wolf habe sich im Kabinett wohl eher durchsetzen können.

Das PEM-Gesetz sei widersprüchlich. Auf der einen Seite spreche man von der Personalauswahl, auf der anderen Seite von Anreizsystemen. Das passe nicht zusammen. Er gebe den Rat, die Anreizsysteme zu forcieren und das Parlament nicht darüber im Unklaren zu lassen, was wirklich passiere. Wenn der Minister eine vernünftige Altersteilzeit einführen wolle, werde er große Zustimmung finden. Dann sei das PEM überflüssig.

Winfried Schittges (CDU) erklärt, er habe den Einstieg durch den Minister und sein Haus miterlebt. Die Personalstrukturen sinnvoll zu sondieren, sei eine der wichtigsten Entwicklungsfragen überhaupt. Wer nur ein wenig von der gerade durchgeführten Anhörung mitbekommen habe, wisse, dass man auf dem richtigen Weg sei. Vieles, was der Finanzminister jetzt anpacke, hätte längst früher installiert werden müssen. Den einen oder anderen Sonderwunsch werde man sicherlich begleiten und aufgreifen.

Man müsse aufmerksam verfolgen, was beispielsweise der Bund der Steuerzahler in der Anhörung gesagt habe. Den werde man über den Beitrag von Herrn Penschkes informieren. Er sei sicherlich hellauf begeistert mit Blick auf die finanzielle Lage des Landes.

Übereinstimmung bestehe darin, dass man sinnvolle Strukturen schaffen wolle. Er glaube, dass man auf einem guten Weg sei, wenn es darum gehe, die Finanzverhältnisse des Landes Nordrhein-Westfalen neu aufzubauen. Dazu gehörten auch die Personalstrukturen. Alles, was zu diesen Fragen sachlich eingebracht werde, werde gerne mit aufgenommen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) betont, in der Anhörung hätten viele Vertreterinnen und Vertreter gesagt, dass diese Behörde in der Form überflüssig sei. Auch sei sie sehr teuer. Man könne das Ganze durch eine interne Lösung regeln. Die alte Landesregierung habe das eine oder andere auf den Weg gebracht. Die kw-Vermerke seien von der früheren Regierung ausgebracht worden. Er sei gespannt, was die neue Landesregierung in diesem Bereich weiter machen werde. Dass es massive Kritik und berechtigte Widerstände gebe, sei keine Frage.